

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Raser-Stopp am Tauentzien!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund wiederkehrenden Rasens und illegaler Autorennen mit schweren Personenschäden bis hin zur Todesfolge, wird der Senat aufgefordert, ordnungsrechtliche und bauliche Maßnahmen zu ergreifen, die künftig verhindern, dass Rasen oder illegale Autorennen in der Tauentzienstraße, auf dem Kurfürstendamm, rund um den Breitscheidplatz und den zuführenden Straßen wie der Bülowstraße stattfinden können.

Die bauliche Umgestaltung von Tauentzienstraße, Breitscheidplatz und Kurfürstendamm sollen insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- Trennen von Bus- und Fahrstreifen mit Errichtung eines geschützten Radfahrstreifens (Trennung von der Fahrbahn durch physische Barrieren)
- Fahrbahnverengungen
- Bauliche Neuordnung und Begrünung der Mittelinseln
- Temposchwellen und Bremskissen zur Geschwindigkeitsbegrenzung
- Gehwegvorstreckungen
- Fahrbahnverschwenkungen
- Wechselseitige Anordnung von Parkplätzen bzw. Rückbau der Parkspur
- Errichtung von zusätzlichen Ampelanlagen, insbesondere auf dem Abschnitt zwischen Adenauerplatz und Kurfürstendamm/Nestorstraße
- Vereinbarkeit der Maßnahmen mit dem Lieferverkehr

Zur Umsetzung dieser baulichen Maßnahmen sind die entsprechenden Straßenabschnitte aus dem Netz der Hauptverkehrsstraßen zu entnehmen und herunterzustufen.

Als kurzfristige Maßnahme soll in Rücksprache mit der BVG ein geschützter Pop-up-Radfahrestreifen installiert werden.

Fest installierte und mobile Blitzer sind an den betroffenen Strecken flächendeckend zur Geschwindigkeitsüberprüfung einzusetzen. Auch sind Schwerpunktkontrollen der Polizei in den Nachtstunden durchzuführen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 1. September 2024 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

An der Tauentzienstraße, auf dem Kurfürstendamm und rund um den Breitscheidplatz kommt es regelmäßig zu Unfällen, bei denen Menschen verletzt oder getötet werden. Zuletzt war dies am 29.5.2024 der Fall, als in Folge eines Raserunfalls zwei Menschen ums Leben kamen. Die Polizei Berlin führt Teile der Tauentzienstraße und des Kurfürstendamms als Unfallhäufungsstelle.

Das Mobilitätsgesetz verpflichtet die zuständigen Stellen „nach jedem Unfall mit Verkehrstoten an einem Knotenpunkt [...] unverzüglich [...] [zu prüfen], ob Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig ergriffen werden können, um weitere Unfälle mit Personenschaden zu vermeiden“ (MobG, §21).

Nach dem Unfall mit tödlichem Ausgang am 29.5.2024 ist dieser Fall an dieser Stelle erneut gegeben. Der Senat ist also in der Pflicht, unverzüglich Maßnahmen zu prüfen, die weitere Unfälle mit Personenschaden verhindern.

Bei den betroffenen Straßen handelt es sich um Raser-Hotspots, bei denen es immer wieder zu Unfällen durch viel zu schnell fahrende Autos kommt. Autos werden hier bewusst als Waffe eingesetzt. Allein im Zeitraum Mai bis Oktober 2023 sind durch die Blitzersäule in Höhe des Lehniner Platzes 1128 Tempoüberschreitungen registriert worden. Es ist davon auszugehen, dass Ordnungsmaßnahmen wie mehr Kontrollen oder neue Beschränkungen allein unzureichend sind, da die Fahrer*innen sich ohnehin außerhalb des Rechtsrahmens bewegen. Personen, die vorsätzlich Raserei betreiben, lassen sich nicht allein durch ein Tempo-30-Schild vom Rasen abhalten.

Lediglich bauliche Maßnahmen, die Geschwindigkeitsüberschreitungen und Raserei unmöglich machen, werden hier langfristig wirken. Der Senat muss daher die bestmöglichen baulichen Maßnahmen prüfen, die zu größtmöglicher Sicherheit an den betreffenden Stellen führen.

Die Annahme, dass solche Maßnahmen das Problem nur an andere Orte verschieben, ist falsch. Der Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße sind gerade wegen ihrer Prominenz und der vielen Besucher*innen so beliebt bei Rasern. Es käme einer Kapitulation vor den Rasern gleich, wenn der Senat wirksame Maßnahmen unterließe und weitere Todesfälle in Kauf genommen würden.

Dabei geht es nicht nur um verkehrslenkende Maßnahmen. Eine Verkehrsberuhigung der City West macht die umliegenden Einkaufsstraßen und die Unternehmen vor Ort attraktiver. Schon

jetzt prägt der Fußverkehr die Gegend rund um den Breitscheidplatz: Menschen, die in den umliegenden Geschäften in Einkaufszentren shoppen, Tourist*innen, die in den nahen Hotels unterkommen und die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche besuchen, oder Angestellte der umliegenden Geschäfte und Büros, die in der Umgebung Mittagessen gehen.

Damit die Umgebung um den Breitscheidplatz verkehrsberuhigt werden kann, müssen die betreffenden Straßenabschnitte aus dem Netz der Hauptverkehrsstraßen genommen und die Finanzierung des Umbaus abgesichert werden. Umliegende Straßen können den Verkehr aufnehmen.

Auch die verkehrspolitischen Sprecher der schwarz-roten Koalition fordern bauliche Maßnahmen, um das Rasen am Kurfürstendamm und Tauentzien zu stoppen. So äußerte Johannes Kraft, Sprecher für Mobilität und Verkehr der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Mai 2024 im Berliner Tagesspiegel, er sähe die Lösung auch eher in baulichen Maßnahmen als in Tempo 30. „Ein Tempo-30-Schild wird jemanden, der vorsätzlich Raserei betreibt, auch nicht abhalten.“ Er plädiere eher für „Gehwegvorstreckungen, Fahrbahnverschenkungen, Verengungen, wechselseitiges Parken. So, dass man nicht gerade mit Tempo 160 durchfahren kann“.¹

Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht den Senat in der Pflicht, „entschlossen und mutig zu handeln“. Schopf forderte an gleicher Stelle, dass sich Verkehrs- und Innenverwaltung „rasch über nötige und mögliche Maßnahmen verständigen“. Aus seiner Sicht sollten „sowohl Blitzer als auch bauliche Veränderungen durch Aufbauten wie Kissen oder Bepflanzung oder Verengung in Erwägung gezogen werden“. Zudem forderte er Schwerpunkteinsätze der Polizei in den Nachtstunden.

Berlin, den 11. Juni 2024

Jarasch Graf Kapek Hassepaß Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/todlicher-raser-unfall-in-berlin-erneut-forderungen-nach-verkehrsberuhigung-am-tauentzien-11734691.html>